

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.



Nr. 19.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratennahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln

Cöln, den 10. Mai 1918.

Inhaltspreis für die Vierteljahrzeitung 30 Pfg. Stellengsuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Expedition und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 2. Telefonruf B. 1548. — Redaktionsschluss ist Samstag Mittag

19. Jahrg.

Unser Kriegs-Verbandsstag

In der äußeren Aufmachung hob sich der neunte Verbandstag wesentlich von seinen Vorgängern ab. Im Laufe der Jahre waren wir es gewohnt geworden, den Verbandstag jeweils mit einer größeren Feier einzuleiten. Die Tagungen in München, Münster, Barmen und Mainz eröffneten imposante Kundgebungen in großen Sälen. Davon war in Cöln Abstand genommen. Es mußte diesmal ohne „Sang und Klang“ gehen in Anbetracht des Ernstes der Zeit. — Auch die Teilnahme am Verbandstag war nicht so stark wie in früheren Jahren. Es ist das verständlich, da einmal die Zahl der Vertreter geringer sein mußte bei dem starken Rückgang der beitragszahlenden Mitglieder, dann aber auch, weil der Krieg in die Reihen der Verbandsangehörigen und sonstigen Kollegen, die zu den ständigen Teilnehmern der Verbandstage gehörten, manche Lücke gerissen hat.

Diese äußerlichen Veränderungen haben jedoch dem Verbandstag selbst keinen Abbruch getan. Im Gegenteil darf man wohl behaupten, daß durch die fehlende Ablenkung das ganze Gelingen und Kräfte der Verbandstageilnehmer auf die Verhandlungsgegenstände eingestellt wurde. Keineswegs herrschte auch die Stimmung, daß die Kriegswirkungen auf unseren Verband so schwer seien, daß sie schlecht wieder ausgeglichen werden könnten. Trotz der bösen Jahre, die hinter uns liegen, kam allgemein der feste Wille zum Ausdruck, daß die Zukunft uns wieder eine bessere Entwicklung bringen werde und bringen müsse; dazu seien alle Kräfte anzuspannen.

In seinen Beschlüssen, soweit sie Lebensfragen des Verbandes betreffen, zeigte der Verbandstag eine selten gesehene einmütige Auffassung. Das ist wohl die beste Gewähr für eine gute Zukunft des Verbandes.

Die Einleitung der Verbandstagsverhandlungen

Begann mit einigen Begrüßungswörtern des 2. Verbandsvorsitzenden Kollegen Stedem-Düsseldorf. Der erste Verbandsvorsitzende Kollege Kurtscheid kann wegen einer Halsoperation schon seit einigen Monaten nicht reden. Obwohl er den Verhandlungen beiwohnte, war es ihm so nicht möglich, auf dem Verbandstag das Wort zu ergreifen. Kollege Stedem konnte feststellen, daß die gewählten Vertreter vollständig erschienen waren. Als Vertreter des Gesamtverbandes konnte er Fr. Teusch, als Vertreter des Cölnener Ortskartells den Kollegen Kaiser begrüßen. Im späteren Verlauf der Verhandlungen stellten sich noch als weitere Vertreter und Gäste ein die Kollegen: Theodor Drauer, der Redakteur des „Zentralblattes“; Ferd. Drauer, Vorsitzender des Arbeiterverbandes; Debenbach, Vorsitzender des Verbandes der Gemeindefürsorge; Gutsch, Geschäftsführer des Eisenbahnerverbandes; Koch, Geschäftsführer des Militärarbeiterverbandes; Herr Meffor Röhr, Redakteur der „Deutschen Arbeit“. Der Zentralvorstand des Verbandes war fast vollständig vertreten, ebenso die noch vorhandenen Bezirksleiter des Verbandes. An den Verhandlungen nahmen weiter als Gäste teil einige Mitglieder der Zahlstelle Cöln. Auch der Kollege Schlier-Mannheim war für einige Stunden anwesend. — Begrüßungs-telegramme und Schreiben liefen ein von den Brüderverbänden Ostereichs und der Schweiz, vom Kollegen Stegerwald, der durch amtl. Tätigkeit in Warschau verhindert war, an den Verhandlungen teilzunehmen, von der Zahlstelle München und den im Felde stehenden Kollegen Schmitz-Berlin, Werder-Düsseldorf, Scheuble-Frankfurt.

Namens des Gesamtverbandes richtete die Arbeiterinnensekretärin Fr. Teusch einige Begrüßungsworte an die Teilnehmer. Kollege Kaiser gab für das Cölnener Ortskartell der Erwartung Ausdruck, daß die Verhandlungen auf die kommende harte Zeit eine gute Vorbereitung sein würden. Der Verbandstag von 1902, der auch in Cöln stattfand, und der jetzige seien insofern in Parallele zu setzen, als sie beide dem Aufbau der Organisation zu dienen hätten.

Die Leitung des Verbandstages erfolgte durch Zufall. Als Vorsitzende wurden gewählt Stedem-Düsseldorf und Eiermann-München; als Schriftführer Kesch-Bochum und Wanne-Schönlank. Die Mandatsprüfung wurde Haas-Bamberg und Trippelsdorf-Duisburg übertragen.

Mit der vorgeschlagenen Tagesordnung waren alle Vertreter einverstanden.

Den Bericht des Zentralvorstandes

Über seine Tätigkeit in den Jahren 1914—1917 sowie die Wirtschaft und Entwicklung des Verbandes in dieser Zeit gab Kollege Stedem. Er schilderte die Einwirkung des Krieges auf das wirtschaftliche Leben Deutschlands. Zunächst gewaltige Arbeitslosigkeit, besonders auch im Holzgewerbe; später nach der Umstellung der Industrie auf den Heeresbedarf, andauernd flaute die Beschäftigung. In der Leitung und Verwaltung des Verbandes brachten die Einberufungen zum Heeresdienst einen ständigen Wechsel. Alle Verbandsangehörigen bis auf den Berliner Ortsbeamten wurden zum Heeresdienst eingezogen. Sechs davon haben ihr Leben für das Vaterland hingegen. Der Entwicklung des Verbandes war die durch die Verhältnisse bedingte, unzureichende und hier wechselnde Besetzung der Posten an der Geschäftsstelle nicht sonderlich günstig. Auch das

Fehlen der Bezirksleiter und Ortsangestellten lockerte die Verbindung der Verbandsangehörigen untereinander. Es konnte bei den zahlreichen Einberufungen zum Heeresdienst nicht ausbleiben, daß die Mitgliederzahl stark zurückging. Mit 8843 am Jahresabschluss 1916 erreichte sie ihren tiefsten Stand. Der Rückgang ist jetzt anscheinend überwunden. Die Verhältnisse des Verbandes konnten bei der Mitgliederentwicklung und den dadurch bedingten geringeren Einnahmen keine besseren werden. Durch die Unterstützung der vielen arbeitslosen Mitglieder zu Beginn des Krieges und der Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen verringerte sich das Verbandsvermögen um halb 200.000 Mark. Im übrigen ergaben sich die Unterstützungsleistungen und die gelieblichen Verhältnisse des Verbandes aus den regelmäßigen Veröffentlichungen in der Verbandszeitung. — An Lohnbewegungen war in der ersten Zeit des Krieges nicht zu denken. Mit der wachsenden Teuerung und der besseren Lage des Arbeitsmarktes setzten sie jedoch ein. Zunächst erhielten die Kollegen durch ein örtliches Vorgehen Teuerungszulagen, die den Bedürfnissen in keiner Weise gerecht wurden. Erst durch die zentralen Verhandlungen wurden Zulagen ermöglicht, die sich eher sehen lassen konnten. Die Lohnbewegungen in der Kriegszeit sind der stärkste Nachweis für die Notwendigkeit starker Zentralorganisationen. Alle Berufe des Holzgewerbes haben an diesen Erfolgen teilgenommen. Für die große Mehrheit unserer Tarifverträge brachten die Kriegsverhältnisse einen einheitlichen Ablauftermin. Eine derartige Entwicklung war bei Lage der Verhältnisse nicht zu vermeiden. — In der Agitation machte sich das Fehlen der geeigneten Kräfte sehr stark bemerkbar. Die Zahl der Neuaufnahmen war denn auch in der Kriegszeit viel geringer als in den Vorjahren. — Die internationalen Verbindungen bestehen mit Ausnahme des belgischen Verbandes noch fort. Von diesem fehlt seit Kriegsausbruch jegliche Nachricht. Die Verbandszeitung kann statt vier- und achtfach des Papiermangels wegen nur zweifach erscheinen. Trotzdem sind die Ausgaben dafür fast ebenso hoch wie früher. Die Verbandssekretariate sind zum größten Teil verwaist. Es sind die Bezirkssekretariate München, Frankfurt, Berlin, Danzig und Breslau, sowie die Ortssekretariate Frankfurt, Cöln, Kassel, Düsseldorf, Dortmund und Herford unbefestigt. Der Zentralvorstand hatte das Bestreben, nach Möglichkeit den Wünschen und Interessen der Verbandsmitglieder gerecht zu werden. Um über wichtige Fragen nicht von oben herab zu diktieren, fanden seit Kriegsbeginn jährlich zweimal Konferenzen mit den Vertretern der größeren Zahlstellen statt, in denen Notbeschlüsse gefaßt wurden, die nach unseren Satzungen einem Verbandstag vorbehalten sind.

An den Bericht knüpfte sich eine recht lebhaft ausgesprochene. Die Feststellung, daß die Zahlstelle Cöln einem einstimmig im September v. J. vom Zentralvorstand und Zahlstellenvertretern auf Abführung von 30 resp. 60 Pfg. für jede verkaufte Beitragsmarkte ab 1. Oktober v. J. gefaßten Beschlusses nicht Folge leistete, wurde allseitig beklagt. Der Vertreter der Zahlstelle Cöln, Kollege Jochheim wies darauf hin, daß seine Zahlstelle ihre besonderen Gründe dafür habe. Nach den Satzungen könne nur ein Verbandstag über eine solche Maßnahme entscheiden. Der Beschlusse sei aber nicht allein für sich zu werten. Die Zahlstelle Cöln betrachte ihn als einen Stein im Bau des Zentralverbandes, der eine Verminderung der Zahlstellenrechte und auf eine Stärkung der Zentralgewalt im Verband bezwecke. Von den verchiedenen Rednern wurde demgegenüber betont, die Cölnen Zahlstelle habe sich sagen lassen, daß der Verbandstag nicht anders entscheiden werde, als die Konferenz. Deshalb sei die Unterordnung unter den Beschlüsse das Richtige gewesen. Man habe sich sagen lassen, auch wenn man nicht damit einverstanden gewesen sei. Habe man die Angelegenheit zu einer Beschwerde benutzen wollen, so sei der Verbandstag dafür die richtige Instanz. Die eigenmächtige Handlungsweise Cölns verdiene Mißbilligung. — Schmidt-Bochum besprach das Lohnabkommen im Ruhrrevier. Es erregte ihm notwendig zu sagen, daß nicht allenfalls nach der Schablone bei Lohnbewegungen vorgegangen werde. Insbesondere seien die Fragen des Mindestlohns und der Arbeitszeit den Eigenheiten des Berufs und den örtlichen Verhältnissen anzupassen. — Manche Ausführungen Schmitz wurden von den nachfolgenden Rednern nicht zugestimmt. Jülke-Breslau behauptet, daß der Verband nicht die notwendigen Kräfte von der Militärbehörde freibekomme. Man solle lieber Leute zum Heeresdienst einziehen, deren einzigstes Bestreben Kriegsgewinne seien. Eiermann-München hebt nach Schilderung von örtlichen Verhältnissen hervor, daß die süddeutschen Mitglieder insbesondere die in der Kriegszeit mit dem Zentralvorstand verlorengegangene Führung beklagten. Manche Mißstimmung habe sich daraus ergeben. Das Verhalten der Zahlstelle Cöln zeige, daß der Zentralvorstand, der in Geldsachen auch sehr zugeknöpft sei, in der nächsten Umgebung Schule mache. — Zahlreiche Redner beschäftigten sich dann noch mit der Agitation in ländlichen Gegenden, der Nachregelung der ländlichen Arbeitgeber, den Lohnbewegungen des Verbandes, der Notwendigkeit der Belegung der Ortsstellen und der Anstellung von Vertretern bei den Oberversicherungsämtern, der Arbeitsvermittlung in der Uebergangszeit nach dem Kriege, die Anstellung des Holzgewerbes auf Maschinenbau und Zellarbeit, der Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse, der Zukunft unserer Krankengeld-Zulassungen, der den Grenzrevierstellen mit anderen Verbänden, mit dem Verhalten der Militärbehörde gegenüber Reklamationen gemeinsschaftlicher Arbeitskräfte usw.

Den Bericht der Kassenzustoren erstattete Trippelsdorf-Duisburg; die Kassenerführung sei in der besten Ordnung und geben die Revisionen zu keinerlei Beanstandungen Anlaß. Antragsgemäß wird dem Zentralvorstand Entlastung erteilt. Die Beschlüsse des Zentralvorstandes in der Kriegszeit werden gutgeheißen. Einstimmig wird

beschlossen, daß alle Zahlstellen ab 1. Oktober 1917 für jede verkaufte Beitragsmarkte 30 resp. 60 Pfg. an die Hauptkasse abzuführen haben.

Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswezens.

Die dem Verbandstag dazu vorliegenden Anträge des Zentralvorstandes werden durch Janßen-Cöln ausführlich begründet. Der Verband habe nur dann Wert für seine Mitglieder, wenn er dauernd finanziell leistungsfähig bleibe. Die letzte Beitragsfestsetzung sei im Jahre 1906 erfolgt. Seitdem habe sich manches geändert. In der Gesamtbewegung stehe der Verband hinsichtlich der Höhe des fahungsmäßigen Beitrags heute an letzter Stelle. Der Verband sei der allgemeinen Entwicklung nicht recht gefolgt. Allenfalls begegne man den Bestrebungen auf stärkere Zentralisation. Bei uns sei die Entwicklung die entgegengesetzten Bahnen gegangen. An Stelle des festen Zentralkontes, seien die Ortskassen immer mehr die Stelle geworden, um die sich alles drehe. Habe es bei dem Einheitsbeitrag auch keine andere Möglichkeit gegeben, als durch Ortsbeiträge zu höheren Einnahmen zu kommen, so sei die Ansammlung von Ortskassenvermögen, doch nicht der gewerkschaftlichen Weisheit letzter Schluss. So schwer es auch fallen möge, wir hätten im Verband umzulernen und die Allgemeininteressen mehr in den Vordergrund zu rücken. Es sei ein nicht mehr haltbarer Zustand, daß über das Unterstützungswezen im Verband soviel Instanzen eingeschoben, als Zahlstellen vorhanden sind. Daraus ergebe sich keine Gleichberechtigung der Mitglieder, sondern Bevorzugung für die Einen, Benachteiligung für die anderen. Gleiche Beiträge müßten im Verband zu gleichen Unterstützungen führen. Das lasse sich aber nur durch die Zentralisation des Unterstützungswezens erreichen, nur ermöglichen durch die Uebernahme der Unterstützungsleistungen auf die Hauptkasse. Staffelleistungen seien unumgänglich notwendig, wenn das Gesehene solle. — Die Staffelleistungen sollten aber nicht nur eine stärkere Zentralisation im Verband ermöglichen, sondern auch eine allgemeine Beitragserhöhung herbeiführen. Eine Beitragserhöhung sei auch dann notwendig, wenn in Zukunft alles so bleibe als bisher. Wahrscheinlich aber ändere sich recht viel, das den Verband zu hohen Ausgaben zwinge. Unser Wirtschaftslieben stehe vor großen Umwälzungen. Die Kriegswirtschaft endige mit dem Kriege. 10—15 Millionen Menschen hätten vor dem Kriege in Deutschland vom Warenmarkt auf dem Weltmarkt gelebt. Der Weltmarkt sei uns zum guten Teil verloren. Rohstoffe zur Produktion seien nicht genügend vorhanden. Selbst wenn der Inlandsmarkt nach dem Kriege zunächst recht ausnahmefähig sei, würden sich später wirtschaftliche Krisen ergeben. Diese aber bedeuteten Arbeitslosigkeit und Lohnrückgang. Dazu komme, daß der Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung herab sei, daß in der Zukunft mit erhöhten Krankheitsziffern und längerer Krankheitsdauer zu rechnen sei. Notwendigerweise müßten so in die Lohnabrechnung hohe Summen für alle Unterstützungen in Ansatz gebracht werden. — Die Vorschläge des Zentralvorstandes hinsichtlich der Unterstützungsleistungen tragen den Bedürfnissen und der Leistungsfähigkeit des Verbandes Rechnung. Es sei unmöglich, allen Wünschen der Zahlstellen diesbezüglich gerecht zu werden, da das Unterstützungswezen drücklich zu unterschiedlich geregelt sei. Für einige Zahlstellen bringe die Vorstandsvorlage Verschlechterungen. Das sei nicht zu umgehen, da besonders günstig arbeitende Zahlstellen nicht den Rest für eine Allgemeinregelung abgeben könnten. Für die meisten Mitglieder bedeuteten jedoch die Vorstandsvorschläge eine wesentliche Verbesserung.

Die Aussprache ergab zunächst vollständige Uebereinstimmung darüber, daß die Neuregelung des Beitragswezens, eine Erhöhung der Beiträge bewirken müsse. Ohne Beitragserhöhung in allen Zahlstellen, sei die ganze Umgestaltung zwecklos. Einstimmig wurden die vom Zentralvorstand vorgeschlagenen Beitragssätze (siehe Nr. 9 des „Holzarbeiter“) vom Verbandstag angenommen.

Eine lebhaft ausgesprochene führt der Anteil der Ortskassen an den Beiträgen herbei. Runkel-Düsseldorf, Weigelt-Breslau, Jochheim-Cöln, Eiermann-München und andere erklärten, daß ihre Zahlstellen mit einem Anteil von 15% und einem Zuschuß von 100 Mk. monatlich für den Ortsbeamten nicht auskommen könnten. Darüber, was dauernd von den Zahlstellen benötigt wird, gehen die Meinungen auseinander. Auch die Frage der Abführung eines Teils des Ortskassenvermögens wird bei dieser Gelegenheit zur Debatte gestellt. Jochheim-Cöln hebt hervor, daß seine Zahlstelle in der Agitation trotz Fehlens von Ortsbeamten wenigstens ebensoviel geleistet habe wie andere Zahlstellen. Man solle daher die Zahlstelle Cöln nicht falsch einschätzen. Die Abführung eines Drittels des Ortskassenvermögens finde nicht seine Zustimmung. Es bestehe für die Zahlstelle die moralische Verpflichtung, ihre örtlichen Unterstützungsleistungen bis zum Jahresabschluss aufrecht zu erhalten. Einnahmen ständen dem aber nicht gegenüber und müsse die Zahlstelle so über das Ortsvermögen verfügen können. — Rust-Essen bekennt, daß er auf dem letzten Verbandstag in Mainz nicht der laueste Käufer im Streite gegen den Antrag des Zentralvorstandes auf Abführung eines Teils der Ortsbeiträge an die Hauptkasse gewesen wäre, falls ihm damals alles so bekannt gewesen sei wie heute. Die Stärkung der Hauptkasse sei das allerwichtigste. Trippelsdorf-Duisburg befürwortet die Abführung des gesamten Ortsvermögens an die Hauptkasse. Andernfalls sei die jetzige Reform nur ein Stückwerk. Die Ortsstellen sollten gehalten von der Hauptkasse übernommen werden. Eiermann-München verweist darauf, daß die Zu-

führung eines Drittels des Ortsklassenvermögens doch nicht allzu sehr ins Gewicht falle. Manche Zahlstellen hätten zudem die Gelder in festen Werten angelegt. Jülke-Breslau versteht nicht, warum die Zahlstellen auf das Ortsvermögen so verpflichtet sind. Was die Zahlstellen notwendig brauchen, könne ihnen auch in Zukunft nicht verweigert werden. Erpenberg wünscht, daß alle Kollegen an der letzten Verhandlung mit den Arbeitgebern hätten teilnehmen können. Dort würden sie gewiß davon überzeugt worden sein, daß uns für die Zukunft schwere Kämpfe bevorstünden und die Stärkung unserer finanziellen Stofkraft, die doch ohne Zweifel bei der Hauptklasse liege, das allerwichtigste sei. Die Ausführung des Drittels gefüge zweckmäßig am 1. Juli d. J. Brauer als Vertreter des Gesamtverbandes zeigt an praktischen Beispielen den Wert der strikten Zentralisation. Die Vorliebe für das geschäftlich Gewordene dürfe nicht entscheidend sein für die Verbandsratsbeschlüsse. Bauz-Ravensburg möchte nicht, daß die kleinen Zahlstellen die Lasten der großen tragen. Die Zuschüsse an die Zahlstellen mit Ortsbeamten führten aber dahin.

Nachdem Stedem namens des Zentralvorstandes den Vermittlungsvorschlag machte, daß den Zahlstellen mit Ortsbeamten ein monatlicher Zuschuß von wenigstens 150 Mk. zu gewähren sei und die Abführung des dritten Teils des Ortsklassenvermögens vom am 31. Dezember d. J. vorrätigen Bestand erfolgen solle, wird dieser Vorschlag angenommen. Gegen einen 15 prozentigen Anteil der Ortsklassen erheben sich 3 Stimmen. Gegen die Abführung des Ortsklassendrittels am 31. Dezember d. J. stimmen 2 Vertreter. Für die vollständige Auflösung der Ortsklassen und deren Abführung an die Hauptklasse erklären sich 6 Stimmen. Die Festlegung eines Zuschusses von wenigstens 150 Mk. pro Monat für jeden Ortsbeamten wird einstimmig beschlossen.

Zu den Anträgen des Zentralvorstandes auf Neuregelung des Unterstützungswezens bemerkt Jochheim, daß die neuen Bestimmungen zu einer Schädigung der älteren Kölner Kollegen führen. Wenn die Unterstützungsdauer verlängert werde, so sei dieses nicht der notwendige Ausgleich. Jülke-Breslau sieht nicht ein, warum die älteren Kollegen, die früher nur 10 und 15 Pfg. Beitrag entrichteten, günstiger gestellt sein sollen. Ruß-Essen erklärt an, daß Köln hinsichtlich der Unterstützungen das größte Opfer bringen müsse. Die Neuregelung würde jedoch nicht für einzelne Zahlstellen, sondern für den ganzen Verband gemacht. Es würden in Zukunft auch diejenigen zu ihrem Recht kommen, die bisher hohe Ortsbeiträge bezahlten, durch den Wechsel des Wohnortes aber nicht in den Genuß angemessener Ortsunterstützungen kamen.

Nach längerer Debatte werden die Vorschläge des Zentralvorstandes in bezug auf Arbeitslosen-, Kranken-, Streik- und Umzugsunterstützung einstimmig angenommen. Die Reiseunterstützung wurde für Beitragsklasse I und II auf 150 Mk., für die Beitragsklassen III und IV auf 140 Mk., für die Klassen V und VI auf 130 Mk., für die Klassen VII und VIII auf 120 Mk. und für die drei untersten Klassen auf 100 Mk. pro Tag festgelegt. Für die Militärunterstützung bleibt der bisherige Einheitsfuß von 5 Mk. bestehen. Das Sterbegeld wird nach dreijähriger Mitgliedschaft auch beim Tode der Ehefrauen der Mitglieder gezahlt.

Die Erhöhung der Unterstützungen über den Vorschlag des Zentralvorstandes hinaus lehnte der Verband ab. Alle auf die Erweiterung der Unterstützungsanstaltungen hinzielenden Anträge wurden durch die vorgenannten Beschlüsse für erledigt erklärt. Ueber die Möglichkeit der Durchführung einer gewerkschaftlichen Beihilfe zur Invaliden- und Altersversicherung soll der Zentralvorstand dem nächsten Verbandstag Bericht erstatten. Der Antrag Machen, daß den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf die Verbandunterstützung zufließen solle, wurde von den Antragstellern zurückgezogen. Bezüglich der Wochenhilfe für weibliche Mitglieder soll es bei der bisher geübten Praxis bleiben, wonach Krankengeld gezahlt wird, wenn der Krankheitsanfall einen Krankheitsfall stellt. Das Sterbegeld soll an diejenigen Hinterbliebenen gezahlt werden, die die Beerdigungskosten für das verstorbene Mitglied tragen.

Die neuen Beitragsätze treten am 1. Juli d. J., die neuen Unterstützungsätze am 1. Januar 1919 in Kraft.

Erledigung der sonstigen Anträge.

Der Antrag der Bezirkskonferenz Mainz, der die Einführung von Bezirksvorständen die aus den Obmännern der Bezirksräte gebildet werden sollen, bezweckt, wird dem Zentralvorstand als Material überwiesen.

Der Antrag auf Schaffung eines Verbandsauschusses wird von Jochheim-Essen abgelehnt. Der Ausschuss sei eine Notwendigkeit. Die strikte Zentralisation habe gewiß ihre Vorteile, aber auch ihre Nachteile. Die ganze Geschäftsführung konzentriere sich auf die Verbandzentrale. Da sei es notwendig, daß der Zentralvorstand mit den allen Verbandsmitgliedern in Fühlung bleibe, was ihm bisher nicht der Fall gewesen zu sein scheint. Der Zentralvorstand sei auch in seinen Anschauungen zu hoch, indem die Tätigkeit eines Verbandsauschusses auch auf diesen Grund zweckmäßig erscheine. Dem Antrag Essen wird von Jochheim-Essen widersprochen. Die Erfahrungen in anderen Organisationen lehren, daß die Ausschüsse entweder keine praktische Bedeutung hätten, oder aber ständig die Ursachen von schwebenden Verhandlungen wären. Es liege keine Ursache vor, den Zentralvorstand unter Polizeiaufsicht zu stellen. Wenn der Zentralvorstand seine Pflicht nicht erfülle, sei es Aufgabe des Verbandes, dem Verband einen besseren Zentralvorstand zu wählen. Der Zentralvorstand verbitte jedoch das allgemeine Vertrauen. Wenn es im Kriege an der Fühlungnahme mit den Zahlstellen gefehlt habe, so müsse man auch die Beziehungen beschleunigen, unter denen die Verbandarbeit sich vollziehen habe. Der Antrag auf Schaffung eines Verbandsauschusses wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Der Antrag auf die Umbenennung in die Verbandsauschüsse wird einstimmig angenommen.

Der Antrag auf Befreiung des Danziger Sekretariats der Befreiung von einheitlichem Verwaltungsmaterial für die Zahlstellen und der Umbenennung des Gegenseitigkeitsvertrags mit den Lehrarbeitern, werden dem Zentralvorstand zur Berücksichtigung und Beschließung überwiesen. Erwähnt sei bei der Antrag, die Zahlung von Sterbegeld für im Krieg gefallene lebige Mitglieder. Der Antrag wird bei der Antrag, daß die Zahlstellen die Beerdigung von Streikunterstützung unter bestimmten Umständen abzugeben können.

Die Beitragsstellen Klassen sollen ab 1. Januar 1919 in Kraft treten.

Der Antrag, daß alle Zahlstellen in Zukunft die Beiträge zu zahlen vermögen, wird abgelehnt.

Der Antrag, der vom Militär zurückkommenden Mitgliedern ein Zuschuß zu gewähren, wird abgelehnt, da diese erst dann wieder in ihre

alten Rechte eintreten, wenn sie auf Grund der Beitragspflicht wenigstens einen Wochenbeitrag erneut geleistet haben.

Die Mandatsprüfer erstatten dann Bericht über ihre Tätigkeit. Alles ist in Ordnung bis auf die Wahl des Düsseldorf-Vertraters. Von Düsseldorf sind nur die Stimmgelbe eingelaufen. Das Wahlprotokoll fehlt. Der Verbandstag erklärt das Mandat für gültig.

Ein Antrag Eiermann-München, wünscht die Vertretung der süddeutschen Verbandsmitglieder im Zentralvorstand. Man dürfe nicht verkennen, daß die Fühlung des Zentralvorstandes mit den Zahlstellen recht schwach sei. Durch die Konferenzen sei zwar manche Mißstimmung wieder beseitigt. Doch bleibe die Wahl eines Zentralvorstandsmitgliedes aus Bayern, die beste Lösung für die süddeutschen Zahlstellen um für die Zukunft über wichtige Vorgänge im Verband unterrichtet zu sein.

Der Antrag findet ein längeres Für und Wider. Die bayrischen Vertreter sind der Auffassung, daß die Stärke des Verbandes in Süddeutschland die Vertretung im Zentralvorstand rechtfertige. Man habe in Süddeutschland auch besondere Wünsche, die sich bei Betrachtung durch die „preussische Brille“ nicht erklären ließen. Dem wurde entgegengehalten, daß der Zentralvorstand als Vertreter preussischer Sonderwünsche nicht in Frage komme, sondern zum Besten aller Verbandsmitglieder zu wirken sich bemüht habe. Eine Vertretung der bayrischen Zahlstellen im Zentralvorstand hemme dessen Arbeitsfähigkeit. Bei wichtigen Anlässen müsse schnell gehandelt werden. Der süddeutsche Vertreter könne dann oftmals nicht anwesend sein. Komme man den bayrischen Zahlstellen entgegen, so würden auch bald die Zahlstellen aus dem Norden und Osten mit dem gleichen Recht ein Vorstandsmitglied beanspruchen. Die Folge sei dann, daß der Zentralvorstand dann vielfach garnicht beschlußfähig sei, weil er seine Mitglieder nicht zeitig zusammenbringe. Da sei es besser, mit einem derartigen Experiment erst gar nicht zu beginnen, um später der Notwendigkeit entgehen zu sein, den alten Zustand wieder herbeizuführen. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde eine Kommission, bestehend aus Haas-Bamberg, Trippelsdorf-Duisburg, Weigelt-Berlin und Krajewski vom Zentralvorstand gewählt, die dem Verbandstag Vorschläge für die Wahlen unterbreiten soll.

Die Werbearbeit des Verbandes

behandelte als Referent Schid-Bochum. Notwendig sei, daß jeder, der für den Verband werbe, mit durchschlagenden Gründen für den gewerkschaftlichen Stand eintrete. Eine Anzahl praktischer Beispiele zeigten, daß man bei der Werbearbeit nicht allein auf den Hinweis angewiesen ist, der Verband erstrebe bessere Wohnverhältnisse. Unser Werbegebiet habe sich insbesondere durch die Kriegseinwirkungen stark verschoben. Dementsprechend unzulänglich wenn die Frage erörtert werde, wo unsere Werbearbeit vor sich zu gehen habe. Zur Werbearbeit sind nicht nur die Verbandsangestellten, sondern alle Mitglieder heranzuziehen. Das Schwergewicht der Agitation liegt bei den Zahlstellen. Diese müssen systematisch arbeiten. Das gilt nicht nur für den Ort selbst, sondern auch für die Umgebung. Wichtig sei es gewiß Mitglieder zu gewinnen, noch wichtiger aber, die gewonnenen erhalten. Immer muß die gewerkschaftliche Schulung dahin führen, daß sich der einzelne als Glied eines aufstrebenden Stammes fühle.

In der Aussprache, an der sich u. a. Erpenbed-Rürnberg, Jansen-Essen, Kiep-Bochum, Warnke-Schönlante, Galtwig-Eberfeld, Trippelsdorf-Duisburg, beteiligten, gab Fel. Teusch eine Anzahl praktischer Räte für die gewerkschaftliche Arbeit unter den Arbeiterinnen. Brauer vom Gesamtverband gab Aufklärung darüber, was seitens der Gesamtbewegung geschehe um der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine gute Zukunft zu sichern. Notwendig sei ein besseres Handhabensweisen der Funktionäre der einzelnen Verbände. Der Verbandsrat dürfe nicht zum Verbandssegoismus führen. In den einzelnen Verbänden müsse eine tüchtige Initiative geltend machen, sofern die Voraussetzungen für den Erfolg gegeben seien. Die Zeitverhältnisse bedingten, daß die Gesamtbewegung in den letzten Jahren mehr nach außen gehen mußte. Es sind jedoch alle Vorkehrungen getroffen, daß auch die innere Erstarung der Bewegung durch den Gesamtverband wirksam gefördert wird.

War der Verbandstag eine Notwendigkeit, um die Zukunft des Verbandes zu sichern und eine gedeihliche Arbeit im Interesse der Holzarbeiter zu gewährleisten, so zeichnen zwei Vorträge die Möglichkeiten, unter denen sich in Zukunft die gewerkschaftliche Arbeit vollziehen wird. Kollege Brauer behandelte zunächst

Zukunftsfragen der deutschen Volkswirtschaft.

Durch den Krieg habe sich die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt, diesem Kampffeld aller nach wirtschaftspolitischer Ausdehnung strebenden Völker, nicht gebessert. Unsere Volkskraft und damit die Produktionskraft sei geschwächt. An Rohstoffen sei Deutschland verarmt. Das Volkswirtschaften habe trotz des starken Geldumlaufs nicht zu, sondern abgenommen. Diese Entwicklung führe zu der Frage, was zu geschehen habe, um die Verzerrung zu überwinden und eine bessere Zukunft des deutschen Volkes zu erlangen. Walter Rathenau, der Leiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, mit dessen Gedanken der Redner den Verbandstag veranlaßt machte, hält die Lösung der Aufgabe für möglich durch die Ergründung der Produktion. Diese aber lasse sich nur bewirken, durch eine bessere Organisation. Die Technik sei in ihren Leistungen kaum noch freigeräumt. Das Taylorsystem, das die höchstmögliche Arbeitsleistung des Einzelnen erstrebe, sei auch in Deutschland schon in erheblichem Maße durchgeführt. Eine Vergeudung von Kraft finde jedoch noch in überreichem Maße dort statt, wo der Konkurrenzkampf der Warenzeuger eine Rolle spiele. Rathenau will daher eine Organisation schaffen, die den einzelnen Fabrikanten zwar die Selbstständigkeit läßt, ihnen aber vorschreibt, was und wie sie zu produzieren haben. Diese Organisationen sollen unter staatlicher Aufsicht stehen, jedoch unter Selbstverwaltung der Gewerbetreibenden, letztere zwangsweise umfassend. Oberster Grundgedanke müsse sein: Ausnutzung jeder Kraft an der bestgeeigneten Stelle und sparsamster Verbrauch der Rohstoffe. Weiter sei zur erfolgreichen Teilnahme an wirtschaftlichen Wettbewerben der Völker die Spezifizierung der Erzeugnisse und damit ihre Vermehrung zu erstreben. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle näher auf die volkswirtschaftlichen Zukunftsprobleme einzugehen. Wer sich dafür näher interessiert — und das sollte jeder fleißige Arbeiter — der greife zu Rathenaus Schrift „Die neue Wirtschaft“. Grundgedanke wird ohne Zweifel für die Zukunft eine Umänderung unseres Wirtschaftslebens eintreten müssen, als die Wozuherzeugung nicht mehr allein Sache des einzig nach seiner Bereicherung strebenden Unternehmers sein wird, sondern eine Angelegenheit des Volkswesens.

Daß eine solche Umänderung der Arbeiterschaft andere und noch größere Aufgaben stellt, als bisher zu erfüllen waren, ist selbstverständlich. Insbesondere wird dabei die

Entwicklung des Tarifvertragswesens unsere ganze Aufmerksamkeit erfordern. Herr Professor Köhr, der Schriftleiter der „Deutschen Arbeit“, machte nach einigen einleitenden Bemerkungen über die Aufhebung des § 158 B. O. und des für die Arbeiterchaft in der vorliegenden Fassung nicht genießbaren Arbeitskammer-Gesetzentwurfes die Verbandstagsvertreter mit den Entwicklungsmöglichkeiten des Tarifvertragswesens bekannt. Bei der Entwicklung im Holzgewerbe, wo z. B. Tarifverträge für die Geschloßhormbäckerei des ganzen Reiches, das Säbgergewerbe in Bayern und Württemberg bestehen, ohne daß von einer solchen Durchbildung der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen wie im Buchdruckgewerbe die Rede sein kann, liegt die Folgerung nahe, daß dieses nur Anfänge einer neuen Zeit des vollkommenen Arbeitsvertrags sind. Es war jedenfalls eine recht dankbare Aufgabe, die der Vortragende übernommen, die Vertreter darüber zu unterrichten, wie die alten gewerkschaftlichen Forderungen auf allgemeine Durchführung tariflicher Abmachungen und die Unabhängigkeit derselben, verwirklicht werden können.

Schlussverhandlungen.

Nach den beiden Vorträgen erstattete Weigelt-Breslau Bericht über das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen, die sich mit der Zusammenfassung des Zentralvorstandes zu beschäftigen hatte. Die Kommission ist zu der Auffassung gelangt, daß sich aus rein praktischen Gründen die Berücksichtigung bestimmter Bezirke bei der Wahl des Zentralvorstandes nicht ermöglichen läßt. Sie macht jedoch einen Vermittlungsvorschlag dahingehend, daß bei wichtigen Wünschen und Anträgen, die größere Zahlstellen oder ganze Bezirke betreffen, ein von den in Frage kommenden Zahlstellen selbst gewählter Vertreter zu der beschlußfassenden Zentralvorstandsitzung zuzuziehen ist. Außerdem soll der Zentralvorstand Sorge tragen, daß häufiger wie bisher ein Vertreter der Verbandsleitung die Bezirke bereist. Die Konferenzen, wie sie in der Kriegszeit abgehalten wurden, sollen falls wichtige Verbandsfragen zu Erleuchtung stehen, auch in Zukunft stattfinden. Die Verbandsangestellten sollen durch Rundschreiben über die wichtigsten Vorgänge im Verband und über wichtige Beschlüsse des Zentralvorstandes auf dem Laufenden gehalten werden. Durch diese Maßnahmen erhofft die Kommission den Wünschen der süddeutschen Mitglieder besser gerecht zu werden, als es durch die Wahl eines süddeutschen Zentralvorstandsmitgliedes möglich ist.

Für den Zentralvorstand schlägt die Kommission vor: Kurt Scheid-Essen, Stedem-Düsseldorf, 2. Verbandsvorsitzender; Bunje, Giesen, Jansen, Essen; Steinmann-Mühlheim-Ruhr, Knebel-Berlin; Galtwig-Eberfeld, Krajewski-Duisburg; Guhmann-Essen und Werder-Düsseldorf. Für die beiden lehngenannten, die im Herresbienen stehen, sollen als Ersatzleute eintreten Ruß-Essen und Deuz-Bonn.

Der Vorschlag der Kommission wird von den bayrischen Vertretern als nicht annehmbar erklärt. Es müsse bei dem Antrag auf Wahl eines bayrischen Zentralvorstandsmitgliedes bleiben.

Die Abstimmung ergibt, daß sich 5 Stimmen gegen die Kommissionsvorschläge erklären. Der Zentralvorstand ist damit in der genannten Zusammenstellung gewählt. Als Revisionsrevisoren werden auf Vorschlag der Kommission gewählt: Wellmann-Bonn; Trippelsdorf-Duisburg; Föhler-Essen; Wessing-Barmen. Als Ersatzleute fungieren Linnemann-Hagen und Korting-Eberfeld.

Im Ausschuss des Gesamtverbandes werden wiederum Kurt Scheid und Knebel den Verband vertreten. Auf eine Anfrage gibt Kollege Brauer dann noch Auskunft über die Maßnahmen die der Gesamtverband hinsichtlich der Organisation der Kriegsbeschädigten zu treffen gedenke. Solange die Entscheidung ausstehe, sollten sich die Kriegsbeschädigten christlichen Gewerkschaftler von allen Kriegsbeschädigtenorganisationen fernhalten.

Ueber die Zukunft unserer Verbands-Krankengeld-Zuschußklasse berichtet Ruß, daß Verhandlungen schwebten, die die Vereinigung der Klasse mit einer anderen zum Ziel hätten. Entgeltig könne über die Verschmelzung nur die Generalversammlung der Krankengeld-Zuschußklasse entscheiden. Die Klasse stände z. B. finanziell so günstig, wie noch nie seit ihrer Gründung. Man müsse jedoch auch die Zukunft im Auge behalten. Selbstverständlich sei, daß kein Mitglied bei der Verschmelzung der Klasse Schaden leide. Die Verwaltungsstelle würde auch ihre Selbstständigkeit behalten.

Stedem gibt dann einen Rückblick auf den Verlauf der Tagung. Die Hauptaufgabe des Verbandstages sei die Reform der Beitrags- und Unterstützungsanstaltungen gewesen. Die vollständige Uebereinstimmung der Vertreter, daß eine ansehnliche Beitragserhöhung notwendig sei, lasse erhoffen, daß die Reform allen Schwierigkeiten zum Trotz, eine glatte Erledigung finde. Aus den Darlegungen aller Vertreter habe ich gezeigt, daß unser Verband Leben müsse. Es könnte deshalb auch kein Opfer zu groß sein, um die Zukunft des Verbandes zu sichern. Würde auch in den Zahlstellen die Notwendigkeit der Neuregelung mit den gleichen Lust und Liebe vertreten wie auf dem Verbandstag, so würden alle Verbandsmitglieder auch volles Verständnis für die Verbandsratsbeschlüsse betunden. Die beschlossene Vereinheitlichung des Unterstützungswezens und die strikere Zentralisation würden dem Verband gewiß von Nutzen sein. Die Verdoppelung der Bezugszeit und die Erhöhung der Unterstützung zeigten, daß alle Reformen nur das eine Ziel hätten: die Interessen der Allgemeinheit der Verbandsmitglieder immer wirksamer vertreten zu können.

Am Schlusse seiner Ausführungen gebachte Kollege Stedem dann noch der größten Zahl der Verbandsmitglieder, die auf dem Verbandstag leider nicht vertreten sein konnten: der im Felde stehenden Kollegen. Nicht zuletzt in ihrem Interesse habe der Verbandstag gewirkt. Der Verbandstag entbiete allen Mitgliedern die draußen Herd und Heimat schützten Dank und Gruß in der zuversichtlichsten Erwartung, daß das blutige Ringen auch im Westen bald ein Ende finde.

Der zweite Vorsitzende Eiermann-München dankt namens der Vertreter dem Zentralvorstand für seine Tätigkeit in den letzten vier Jahren; Dank gebühre auch den Referenten, die den Verbandstagteilnehmern viel Wissenswertes mit auf den Weg gegeben hätten. Mit dem Wunsche, alle Verbandstagteilnehmer möchten dabei im Sinne des Verbandstages weiter arbeiten, erklärte Kollege Eiermann die Verhandlungen für geschlossen.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 19. Wochenbeitrag im Jahr 1918 für die Zeit vom 5. bis 11. Mai fällig ist.